

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Michael Schlecht, Klaus Ernst, Susanna Karawanskij, Jutta Krellmann, Thomas Lutze, Thomas Nord, Richard Pitterle, Dr. Axel Troost, Dr. Sahra Wagenknecht und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch
den Bundesminister für Wirtschaft und Energie**

Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Jahr 2013 schloss mit einer ernüchternden Wirtschaftsentwicklung von 0,4 Prozent ab. Faktisch stagniert die Wirtschaft in Deutschland.

Ein niedriger privater Konsum, zu geringe Investitionen (privat wie öffentlich) und eine nach wie vor hohe Exportlastigkeit kennzeichnen die Situation seit mehreren Jahren. Gleichwohl gab es im vergangenen Jahr einen hohen Außenhandelsüberschuss. Dies ist eine Folge der schwachen Lohnentwicklung seit dem Jahr 2000. Trotz einiger positiver Entwicklungen in 2011/2012 liegen die Reallohne nur knapp 2 Prozent über dem Niveau des Jahres 2000. In 2013 sind laut Daten des Statistischen Bundesamtes die Reallöhne in den ersten drei Quartalen gesunken. Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor innerhalb der Eurozone.

Aufgrund der Schwäche des Binnenmarktes ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sehr stark vom Außenhandel abhängig. Dessen weitere Perspektive ist jedoch extrem unsicher. Sicher ist nur, dass auf Dauer keine großen Steigerungen der Exportüberschüsse zu erwarten sind. Das Risiko besteht darin, dass es zu Einbrüchen bei den Exporten kommt und aufgrund des großen Gewichtes gravierende Auswirkungen drohen.

So wäre es bereits in den letzten beiden Jahren zu einem Einbruch gekommen, da die südeuropäischen Länder aufgrund der Austeritätspolitik in Deutschland für 15 Mrd. Euro weniger eingekauft haben. Dieser Effekt wurde nur verhindert, da die deutsche Wirtschaft ihren Export in die Schwellenländer, vor allem nach China, massiv ausweiten konnte. Alleine die Steigerung der Exporte nach China um 15 Mrd. Euro hat den Ausfall in der Eurozone kompensiert.

Die aktuellen Risiken sind unübersehbar. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern ist hochgradig unsicher; es besteht die Gefahr eines massiven Einbruches. Auch in China zeichnet sich eine wirtschaftliche Abkühlung ab bzw. es bestehen viele Unsicherheiten. Damit droht, dass nicht wie bisher die wegge-

brochenen Exporte in die südeuropäischen Euroländer durch Exporte außerhalb der Eurozone überkompensiert werden können.

Es kommt hinzu, dass die Entwicklung in der Eurozone weiter sehr risikohaft ist. Da von deutscher Seite weiterhin ein erheblicher Druck zur Umsetzung einer Austeritätspolitik betrieben wird, drohen auch weitere Absatzeinbrüche aus der Eurozone. Der jüngste Fall ist Frankreich, einer der Haupthandelspartner der deutschen Wirtschaft. Wenn der Nachbar im Westen auch auf Druck der deutschen Politik jetzt eine massive Austeritätspolitik einleitet, wird dies eine weitere Beschneidung der Absatzmärkte für die deutsche Wirtschaft in der Eurozone zur Folge haben.

Schließlich sind die Gefahren einer Deflation in Europa unübersehbar, einzelne Länder wie Griechenland stecken schon fest in dieser verhängnisvollen Entwicklung. Die Deflationsgefahren gehen zentral von der zu schwachen deutschen Lohnentwicklung aus.

Vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Risiken, der ungelösten Situation in der Eurozone und der strukturellen Investitionsschwäche in Deutschland bei gleichzeitig hohem Eigenkapital der Unternehmen sowie hohen Gewinnen, Einkommen und Vermögen sind Maßnahmen zur Steigerung der Binnennachfrage überfällig und unausweichlich.

Die Bundesregierung hat ihrerseits Bedingungen zu schaffen, damit Beschäftigte in Deutschland Lohnerhöhungen mindestens in Höhe der Preis- und Produktivitätssteigerung durchsetzen können. Im ersten Schritt sind alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Tariffucht zu unterbinden und gesicherte Arbeitsverhältnisse zu schützen. Dann können Beschäftigte ohne Angst vor Repressalien mit ihren Gewerkschaften in Tarifauseinandersetzungen für die Durchsetzung ihrer Forderungen streiten, um so die Tarifautonomie konkret zu sichern und zu stärken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen um

1. einen gesetzlichen Mindestlohn zum 1. Juli 2014 mit 10 Euro brutto pro Stunde ohne Ausnahmen einzuführen;
2. die Möglichkeiten der sachgrundlosen Befristung eines Arbeitsverhältnisses nach § 14 Absatz 2, 2a und 3 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) sowie der Befristung eines Arbeitsverhältnisses zur Erprobung nach § 14 Absatz 1 Nummer 5 TzBfG zu streichen;
3. sämtliche Ausnahmeregelungen vom Gleichbehandlungsgrundsatz im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zu streichen, die Überlassungshöchstdauer von drei Monaten wiederherzustellen sowie eine gesetzliche Verankerung einer Flexibilitätsprämie von 10 Prozent des Bruttolohnes für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zu regeln;
4. ein Verbandsklagerecht für die jeweils zuständige Gewerkschaft zur Durchsetzung individueller tarifvertraglicher Ansprüche ihrer Mitglieder einzuführen;
5. die Tariffucht bei Betriebsübergang gemäß § 613a des Bürgerlichen Gesetzbuches zu beenden. Kollektivvertraglich geregelte Rechte dürfen nicht zum Nachteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verändert werden. Günstigere Regelungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen übernommen werden;
6. den „Anti-Streikparagrafen“ § 160 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (ehemals § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes) zu streichen;

7. Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichzustellen. Abhängige Beschäftigung soll ohne Ausnahme ab dem ersten Euro Entgelt der Sozialversicherungspflicht unterliegen;
8. die soziale Absicherung von Erwerbslosen durch die Stärkung der Arbeitslosenversicherung und die Ersetzung von Hartz IV durch eine repressionsfreie soziale Mindestsicherung zu verbessern. Für die Vermittlung von Erwerbslosen sind die Zumutbarkeitskriterien grundlegend zu ändern. Zumutbar ist eine Arbeit nur, wenn die Qualifikation geschützt und die vorherige Lohnhöhe berücksichtigt werden. Die Aufnahme von untertariflich entlohnter Arbeit, Leiharbeit und Minijobs ist generell nicht zumutbar.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung weiter auf,

die öffentlichen Investitionen deutlich zu erhöhen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beziffert den Bedarf mit 80 Mrd. Euro. Neben der Lohnentwicklung und damit der Entwicklung des privaten Konsums ist die zweite wichtige Säule zur Stärkung der Binnennachfrage das öffentliche Ausgabeverhalten. So können der Erhalt sowie die Erneuerung von öffentlicher Infrastruktur und der notwendige sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft gesichert werden. Ebenso müssen die Bildung, Pflege und weitere soziale Dienstleistungen und tariflich abgesicherte öffentliche Beschäftigung ausgebaut werden.

Berlin, den 11. Februar 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

